



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

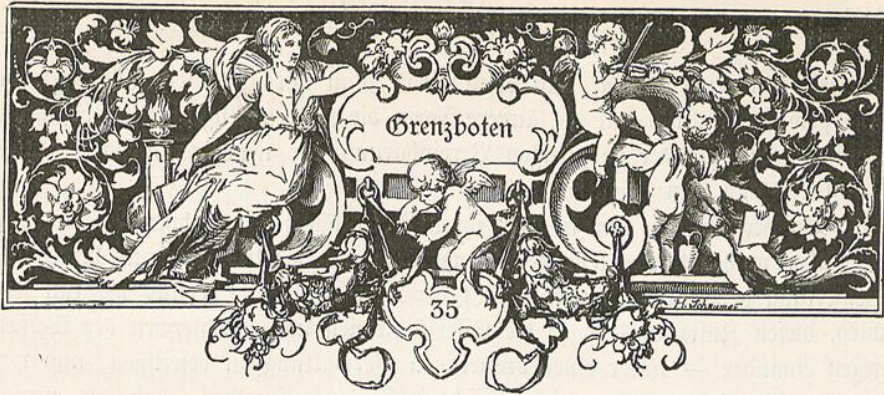
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Samoa

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Samoa



Die Vorschläge der Samoakommission haben in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine ungünstige Beurteilung erfahren. Wenn man dabei als ihren Zweck die Lösung der Samoafrage betrachtet, d. h. die Beseitigung der dem gesunden Menschenverstande zuwiderlaufenden bisherigen Herrschaftsverhältnisse in dem Inselreich, so ist das berechtigt, aber ganz unberechtigt ist es, wenn die Kritik in dem Sinne gemeint ist, daß die Kommission die deutschen Interessen nicht genügend wahrgenommen habe, und das Deutsche Reich ihren Vorschlägen nicht zustimmen könne, ohne dem deutschen Recht und der deutschen Ehre etwas zu vergeben.

Ehrlich gestanden, verlohnt es sich kaum, an den Einzelheiten der Vorschläge Kritik zu üben. Daß man die lächerliche „Königswürde“ abschaffen will, ist nur zu billigen, aber in der Hauptsache doch herzlich unwichtig. Die Eingebornen können nur im Zaum gehalten werden, wenn sich die Weißen vernünftig betragen, und ob dazu die von der Kommission vorgeschlagenen Neuerungen etwas beitragen werden, ist sehr zweifelhaft. Die Bestellung eines „Verwalters von Samoa“ neben dem „Oberrichter“ bietet sicher keinerlei Bürgschaft, daß diese Herren auch nur ein Jahr lang ihrer Pflicht als anständige Beamte genügen, falls sie von den anglosächsischen Anschauungen über internationalen Anstand beseelt sind. Es ist in den Vorschlägen in der Hauptsache alles beim alten gelassen, die Keime internationalen Unfriedens, die der Samoafrage seit Jahren eine so verhängnisvolle Bedeutung gegeben haben, sind um nichts abgeschwächt worden, und weder die deutschen Kommissare noch die deutschen Staatsmänner, bei denen jetzt die Entscheidung über die Vorschläge liegt, werden sich der Illusion hingeben, daß nicht schon zwischen Vorschlag und Entscheidung von England und von Amerika wieder rührig an der Pflege

der friedensstörenden Keime gearbeitet wird. Man wird froh sein müssen, wenn eine gewisse Rücksicht auf die äußere Form die Herren Anglosachsen bestimmt, wenigstens bis zu der endgiltigen Vereinbarung der neuen Samoaakte akuten Konflikten aus dem Wege zu gehn.

Die Kommission hat in der ihren Vorschlägen beigegebenen Begründung nun aber noch folgende sehr bedeutungsvolle und sachlich durchaus berechnete Bemerkung gemacht: „Wir sind nicht der Ansicht, daß es jemals möglich sein wird, diesen Zustand — d. h. die Eifersüchteleien und Wählerereien der Weißen gegen einander — unter einer dreiteiligen Verwaltung zu beseitigen, und wir benutzen die Gelegenheit, unsre Ansicht dahin auszusprechen, daß der einzige natürliche und normale Verwaltungsplan für diese Inseln, das einzige Regierungssystem, das andauernd Wohlergehen und Ruhe verbürgen kann, die Verwaltung durch eine einzige Macht ist. Wir glauben jedoch, daß es außerhalb des uns erteilten Auftrags liegen würde, eine Ansicht über diese Frage auszusprechen, und haben deshalb den Versuch gemacht, die bestehenden Einrichtungen in einer solchen Weise zu verbessern, daß sie, wenn auch nicht vollkommen genügen, sich doch zum wenigsten als brauchbar erweisen.“

Diese Bemerkung giebt der Lage einen ganz besondern Charakter. Sie stellt auch vor den Augen der unmittelbar beteiligten, in scharfen Parteigegensätzen befangnen Weißen in Samoa den Inhalt der Vorschläge — der Wahrheit gemäß — als im wesentlichen wertlos dar und wird natürlich nicht verfehlen, die sich bekämpfenden Parteien, d. h. auf der einen Seite die Engländer und Amerikaner und auf der andern die Deutschen, dazu anzureizen, den Vorschlägen, wenn sie angenommen würden, einen befriedigenden Erfolg erst recht zu erschweren und für die Bestiznahme der Herrschaft durch eine Macht, je nach den Parteiwünschen, um so eifriger zu agitieren. Ist unter diesen Umständen die Annahme der Vorschläge überhaupt noch möglich? Und wenn nicht, was dann? Der Ernst der Frage liegt auf der Hand, obgleich gewisse Radaupatrioten auch in Deutschland schnell genug mit der Antwort fertig sein werden.

Eine beachtenswerte Meinungsäußerung Bastians über den vernünftigen und natürlichen Zweck der Verhandlungen der Samoakommission ist vorzüglich geeignet, auch bei der Beurteilung der jetzt durch die Kommissionsvorschläge weniger geschaffnen als gekennzeichneten Sachlage als Fingerzeig zu dienen. Man mag Bastian für keinen großen Politiker und für keinen Diplomaten halten — er hält sich auch selbst nicht dafür —, aber ein ganz hervorragendes Maß von Sach- und Menschenkenntnis in derlei exotischen Fragen wird ihm niemand absprechen können, ebensowenig wie sein vollwertiges nationales Ehrgefühl und seine gut deutsche Gesinnung anzweifeln. In dem kleinen, kurz vor dem Zusammentritt der Samoakommission erschienenen Buche: „Die Teilung der Erde und die Teilung Samoas“ äußert sich der große Ethnologe etwa folgendermaßen zur Sache:

Um den Keim internationalen Unfriedens ein für allemal aus der Welt zu schaffen, läge es am nächsten, daß sich die drei Vertragsmächte darüber einigten, welche von ihnen dieses kleine Stückchen kolonialen Besitzes übernehmen sollte. Bei dem, was sich nach reiflicher gegenseitiger Überlegung als das verständige erweisen würde, käme nichts von der „nationalen Ehre“ in Mitbetracht, mit der „patriotisch exaltierter Enthusiasmus oder parteiisch verbittertes Geheß unbefugterweise umher zu flunkern beliebt.“ „Ist die Ehre verpfändet, so hat man sie einzulösen; aber so lange sie mit der Sache überhaupt noch nichts zu thun hat, wird der Verständige sich besser hüten, sie bis zu einem Ehrenpunkt zuzuspitzen, wo es dann zu spät sein könnte, die Konsequenzen abzulehnen.“

Sofern es sich um eine Aufteilung der Samoainseln handeln sollte, würden — nach Bastians optimistischer Auffassung von den noch immer fortbauenden Einflüssen imperialistischer Verücktheit jenseits des Atlantischen Meeres — die Amerikaner „vermutlich nicht mitthun wollen.“ Der Vorgeschmack kolonialen Besitzes, der ihnen von den Philippinen her noch auf der Zunge prickelt, dürfte ihnen den Appetit, so glaubt er, ähnlich verdorben haben, wie den Italienern ihre erythrischen Erfahrungen. Den amerikanischen Ansprüchen würde voraussichtlich mit ihrer Kohlenstation Pago-Pago auf Tuituila im Trakt der australisch-kalifornischen Dampferlinie genügt sein. Es käme also in der Hauptsache auf ein Abkommen zwischen England und Deutschland hinaus, wobei Deutschland „aus alten Anrechten und weitem Überwiegen der kommerziell faktischen Interessen“ ein Vorrecht oder ein Vorrang auch von sachkundigen Engländern zugestanden werde. Eingewandt werde andererseits gegen die Überlassung an Deutschland, daß Samoa in deutschem Besitz „den Anlaß zu fernern internationalen Verwicklungen weniger radikal beseitigen würde, als wenn dieses Fleckchen Erde mit dem in dortiger Örtlichkeit überwiegenden Besitzstand Englands vereinigt wäre.“ Die Inseln würden nun einmal von den australischen Kolonien als im Bereich ihrer geographisch umzognen Interessensphäre liegend betrachtet, und bei jedem Anlaß würde von ihnen durch Querulieren dem britischen Mutterlande die Hölle heiß gemacht werden. Vielleicht wäre es vorsichtiger, sich den daraus zu erwartenden Unannehmlichkeiten zu entziehen, zumal da den deutschen kommerziellen Interessen, auf die es hierbei vorwiegend ankomme, genügend Rechnung getragen werden könnte durch die Zusicherung begünstigender Privilegien für den deutschen Handel durch die zukünftige Regierung. Und bei der mit der Herstellung des zentralamerikanischen Durchstichs vielleicht zu vermutenden Steigerung der Bedeutung Samoas für den ozeanischen Seeverkehr könnte sich auch Deutschland dort eine Flotten- und Kohlenstation reservieren. So sprächen Gründe sowohl für deutschen wie für englischen Besitz, und bei den schwebenden Verhandlungen könnte das weitere dem Scharfblick der leitenden Staatsmänner überlassen werden. Es läge zur Zeit alles in den besten Händen, und gerade weil früher oder später einmal

leidenschaftlichere Leute mit so figlicher Angelegenheit betraut sein könnten, wäre die günstige Gelegenheit auszunutzen, um „bei dieser hoffentlich letzten Konferenz in Sachen Samoas“ ohne Verzug eine endgiltige Erledigung herbeizuführen.

„Daß nach altem Volksspruch der Vernünftige nachgeben sollte, ist viel bemäfelt worden, hätte insofern indes seine Giltigkeit, daß er die Unvernünftigen mit ihrem vernunftlosen Treiben allein lassen wird, wenn sie zur Vernunft zu bringen der Mühe nicht lohnt. Trotz eines dramatischen Verzweislungssehreis hat auf die Dauer niemals der Unsinn gesiegt, sondern Knowledge is power, um die Unordnung wieder in Ordnung zu bringen, sonst wären wir alle miteinander längst nicht mehr am Leben.“

So sehr man dem alten Weltfahrer gerade in Bezug auf die imperialistische Strömung in England, den Vereinigten Staaten und auch in Deutschland darin zustimmen kann, daß Unsinn auf die Dauer nicht siegen wird, so wird sich Bastian selbst doch wohl der Erkenntnis nicht ganz verschließen, daß der Unsinn unter Umständen den Zeitgeist in einem Grade zu verfeuchen vermag, daß er zeitweise zu einer Macht wird, mit der man rechnen muß. Er wird dann gewiß anerkennen, daß die endgiltige Erledigung der Samoafrage, wie er sie in Übereinstimmung mit der Ansicht der Kommission allein für möglich hält, selbst für die durchaus unbefangenen, nüchtern und verständigen deutschen Staatsmänner, die jetzt zu entscheiden haben, mit sehr großen Bedenken und Schwierigkeiten verknüpft sein muß. Nicht wegen des sogenannten Ehrenpunkts und auch nicht aus Rücksicht auf das Gezeter unsrer Imperialisten, die diesen Ehrenpunkt frivol mißbrauchen. Das Deutsche Reich braucht sich Gott sei Dank darum noch nicht zu kümmern. Aber nachdem die rohen, vom Zaune gebrochenen Gewaltthätigkeiten der Anglosachsen gegen deutsche Interessen vor und auf Samoa vor vier Monaten so schlagend bewiesen haben, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, wenn sie auch vielleicht noch nicht ganz von der imperialistischen Barbarei und Tollheit beherrscht werden, so doch unfähig oder auch, was wenigstens England betrifft, zeitweise nicht willens sind, ihren Ausbrüchen im internationalen Verkehr selbst mit einer vertragsmäßig befreundeten Großmacht vorzubeugen, gewinnt das Überlassen der Inseln an England eine höchst unerfreuliche Bedeutung und ist auf den Übergang der Alleinherrschaft an Deutschland sehr wenig zu hoffen. Wir konnten wohl in der Kretafrage seiner Zeit die Flöte auf den Tisch legen und, wie Bastian sagt, die Unvernünftigen in ihrem vernunftlosen Treiben vorläufig allein lassen, denn dort hatten wir gar kein vertragsmäßiges Recht, weiter mitzuspielen, das uns gebrochen werden sollte; und wir verscherzten uns dadurch auch nicht die Möglichkeit, wenn sich über kurz oder lang das Konzert in Dissonanzen auflöst und dann notgedrungen die levantinische Unordnung in Ordnung gebracht werden muß, die Flöte wieder aufzunehmen und kräftig zu spielen. In Samoa dagegen handelt es sich um die Wiederherstellung

und Wiederanerkenntnis unsers gewaltthätig und übermütig durch englische und amerikanische Staatsdiener verletzten, dann aber sogar — wenigstens versuchsweise — von den Vereinigten Staaten selbst und noch hartnäckiger von der englischen Regierung angefochtenen Vertragsrechts. Auch muß man nach dem heutigen Stande der über den Verkehr zwischen zivilisierten Nationen in England herrschenden Grundsätze erwarten, daß die verhältnismäßig nicht unbedeutenden privaten Interessen deutscher Reichsangehöriger in Samoa durch die Alleinherrschaft der Engländer noch schwerer geschädigt werden würden, als durch die Wiederherstellung der alten Dreiherrschaft, so unvernünftig in anderer Beziehung und so unhaltbar für die Dauer sie auch ist. Sollte — was Bastian ganz gewiß nicht thut — irgend welcher Parteidoktrinarismus in Deutschland es den verbündeten Regierungen zum Vorwurf machen, daß sie unser verbrieftes Recht auf die Mitherrschaft zu behaupten der Mühe für wert halten, obwohl sie sich der Unvernunft und Unhaltbarkeit des dadurch wieder hergestellten Rechtszustands an sich nicht täuschen können, so gilt dafür das von Bastian selbst für solche Klugsprecher gebrauchte Wort: *Ne sutor ultra crepidam*.

Aber wie gesagt — und das ist für jetzt wohl das wichtigere — ist auch ganz entschieden jeder Vorwurf zurückzuweisen, der etwa der Regierung daraus gemacht werden sollte, wenn sie sich zur Zeit mit der Wiederherstellung des alten Rechtszustands begnügte, d. h. nicht mehr für Deutschland verlangte.

Am 14. April d. J. schloß der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf von Bülow, seine Antwort auf die Interpellation im Reichstag über die Samoafrage mit den Worten: „Gewiß, meine Herren, auch wir Deutschen glauben, daß wegen einer Inselgruppe in der fernen Südsee, die von 30000 Wilden bewohnt wird, unter denen kaum 500 Europäer leben, mit einem Gesamthandel von kaum drei Millionen Mark, zwischen drei großen gesitteten und christlichen Völkern den Krieg zu entfesseln im höchsten Grade ruchlos sein würde. Ich bin auch davon durchdrungen — und rate, dies auf keiner Seite zu vergessen —, daß es in der auswärtigen Politik vor allen Dingen darauf ankommt, sich nicht das richtige Augenmaß beeinträchtigen zu lassen und jede Frage nach ihrer realen Bedeutung einzuschätzen. Dabei dürfen wir aber doch zweierlei nicht vergessen: daß wir die Pflicht haben, Handel und Wandel, Eigentum und Erwerb unsrer Landsleute auf Samoa zu schützen, dann aber, daß wir auf Samoa vertragsmäßige Rechte besitzen, deren Aufrechterhaltung das deutsche Volk als eine nationale Ehrensache empfindet. Wir verlangen in Samoa nicht mehr, als uns dort vertragsmäßig zusteht. Diese unsre vertragsmäßigen Rechte aber dürfen und werden wir nicht verkürzen lassen.“

Auch wenn die verbündeten Regierungen den Vorschlägen der Samoa-Kommission *faute de mieux*, sowie sie sind, zustimmten, würde Graf von Bülow seine Zusage, mit der sich vor vier Monaten der Reichstag durchaus zufrieden

gegeben hat, erfüllt haben, wofür alle verständigen Politiker und ernsten Patrioten ihm zu aufrichtigem Dank verpflichtet wären. Eigentlich ist dieses Ziel schon thatsächlich erreicht, der alte Rechtsboden wieder hergestellt. Insofern ließe sich vielleicht auch ohne formelle Sanktion der Kommissionsvorschläge weiter über eine endgiltige Lösung der Samoafrage verhandeln, wenn nur nicht zu besorgen wäre, daß in der dafür reichlich zu bemessenden Zeit die Zustände in Samoa zu neuen Konflikten zugespitzt würden. Die glatte, schleunige Annahme der Vorschläge könnte ein etwas ruhigeres Interimistikum schaffen, wobei natürlich alles darauf ankommen würde, in jeder Beziehung tüchtige, den anglosächsischen Agenten nicht nur gewachsene, sondern überlegne deutsche Beamte nach Samoa zu schicken. Es fehlt dem Deutschen Reiche daran nicht, und selbst wenn Samoa vernünftigerweise von uns als verlornen Posten zu betrachten sein sollte, so können solche verlornen Posten und tüchtigen Leute auf ihnen manchmal der Macht, der sie dienen, sehr wichtige Vorteile sichern für den bevorstehenden Entscheidungskampf um das, was man nicht verlieren darf, ohne unterzugehen.

Und darüber läßt doch der ganze Verlauf der Samoaaffaire, auch wenn es nicht schon sonst klar wäre, nicht den geringsten Zweifel übrig, daß sich das Deutsche Reich auf der ganzen Linie, in allen Positionen, den vorgeschobnen wie den zentralen, draußen und zu Hause, auf die allerernstesten Entscheidungskämpfe vorzubereiten die dringendste Pflicht hat. Gerade daß wir in dieser Frage mit diesem völlig unhaltbaren Ergebnis der Kommissionsverhandlungen zufrieden sein müssen, ist der schlagendste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der ganzen gegenwärtigen politischen Lage. Der immer ausgesprochener hervortretende unsinnige Wille der Anglosachsen, right or wrong die Weltwirtschaft mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Futterplätzen für sich mit Beschlag zu belegen und alle übrigen zivilisierten Völker der selbständigen wirtschaftlichen und politischen Zukunft zu berauben, diese Verrücktheit, die auf die Dauer freilich nicht siegen kann, drängt heut unabweisbar zur baldigen Entscheidung. Von diesem Standpunkt aus ist die Samoaaffaire allein richtig zu beurteilen, ihre Bedeutung richtig zu bewerten. Es wäre eine ungeheure Dummheit, sich durch sie zu einem vorzeitigen Angriff, zu einer verfrühten Eröffnung des Kampfs mit gewappneter Hand verleiten zu lassen. Deutschland hat — das muß immer wieder betont werden — den Kampf aufzunehmen als Vormacht für die freie, friedliche Anteilnahme der ganzen zivilisierten Menschheit an der Weltwirtschaft gegen die verrückte Herrschsucht der anglosächsischen Rasse, nicht als ebenso verrückter Konkurrent um ebenso verrückte Ziele. In jenem Kampfe ist ihm der Sieg gewiß; als Konkurrent im Imperialismus hat es die Vernunft, das Recht und die ganze Welt gegen sich, und keine noch so starke Armee und Flotte würde es vor schließlicher Niederlage und Vernichtung bewahren. Wenn auch einzelne deutsche Theoretiker, selbst Doktoren und Pro-

Jefforen der Staatswissenschaften und der Rechte nichts besseres wissen, als die Phrasen eines Chamberlain und Rhodes über die Prädestination dieser oder jener Rasse zur Alleinherrschaft und Alleinezistenz der deutschen Jugend als Evangelium zu predigen, so werden doch die deutschen Staatsmänner, wie sie dies bisher gethan haben, ihre verantwortliche Amtsführung von solchen Auswüchsen eines sensationsfüchtigen Doktrinarismus auch in Zukunft nicht beeinflussen lassen und sich vor der Ruchlosigkeit, die Entscheidung unnötig auf die Spitze des Schwerts zu stellen, zu hüten wissen. Wenn der Krieg nötig wird in diesem Kampfe für Recht und Vernunft und Menschlichkeit, aber auch um unser nationales Sein oder Nichtsein, dann müssen wir, wie Bastian sagt, gerüstet sein zu Land bis an die Zähne und zur See desgleichen. Dafür, so dürfen wir hoffen, ist nach Möglichkeit gesorgt und wird noch weiter gesorgt werden. Nur kurzsichtige Narren können heute die Notwendigkeit einer außerordentlichen Steigerung unsrer Wehrkraft leugnen. Aber die gesittete Welt muß dann auch wissen, wofür wir zu den Waffen greifen, und hoffentlich wird auch in dieser Beziehung unsre Diplomatie ihre Schuldigkeit thun in ehrlicher weitsichtiger Bündnispolitik.

Vor allem aber thut eins not angesichts der weltpolitischen Aufgaben, die unsern Staatsmännern gestellt sind: die Rückkehr des deutschen Volks zur Vernunft und Besinnung nach einer viel zu weit gegangnen Entartung und Verirrung unsers inneren politischen Parteilebens. Mißtrauen und Feindschaft zu säen gegen die oberste Stelle im Reich, wie es heute unsre Parteipolitiker links und rechts und in der Mitte für ihre Aufgabe halten, ist angesichts der äußern politischen Lage, die uns Samoa wieder vor Augen führt, gerade das Gegenteil von politischer Einsicht und Vaterlandsliebe.



Russen und Engländer in Zentralasien*)

Don H. Coepfer



ie kürzlich durch die Zeitungen verbreitete Nachricht, daß die Russen einen Hafen am Indischen Ozean erworben haben, lenkt wieder die Aufmerksamkeit auf die unausgesetzte Minierarbeit in Zentralasien, die früher oder später mit Notwendigkeit zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem Zarenreich und den Beherrschern Indiens führen muß. Und wenn sich auch die Nachricht als

*) Übersetzt aus der Nowoje Wremja.